Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Hacker, Dr. Andreas Fischer, Dr. Otto Bertermann** und **Fraktion (FDP)**,

Georg Schmid, Thomas Kreuzer, Karl Freller, Petra Guttenberger, Joachim Unterländer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Gudrun Brendel-Fischer, Petra Dettenhöfer, Jürgen W. Heike, Dr. Florian Herrmann, Hermann Imhof, Oliver Jörg, Konrad Kobler, Andreas Lorenz, Dr. Franz Rieger, Angelika Schorer, Bernhard Seidenath, Reserl Sem und **Fraktion (CSU)**

Arbeitnehmerdatenschutz durch klare Regelungen stärken – Endlich Rechtssicherheit herstellen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass schnellstmöglich der Arbeitnehmerdatenschutz in einem eigenen Kapitel im Bundesdatenschutzgesetz ausgestaltet wird und insbesondere folgende Eckpunkte umgesetzt werden:

- Definition der Fragen, die im Bewerbungsgespräch unzulässig sind;
- eindeutige Regelungen, unter welchen Voraussetzungen Überwachungstechnologien (etwa Videoüberwachungen, GPS-Peilsender ...) am Arbeitsplatz zulässig sind;
- Beschränkung der Datenverarbeitung auf das für das Arbeitsverhältnis Erforderliche, insbesondere
 - Ausschluss einer Datenverarbeitung hinsichtlich des für das Arbeitsverhältnis nicht relevanten außerdienstlichen Verhaltens,
 - Beschränkung von Gesundheitsuntersuchungen auf dienstrelevante Sachverhalte und
 - grundsätzliches Verbot der Erstellung eines Gentests – Ausnahmen müssen kodifiziert werden;
- Verbot des Erstellens von Persönlichkeitsprofilen;
- Schadensersatzanspruch des Arbeitnehmers bei Verstoß des Arbeitgebers gegen Datenschutzvorschriften.